

Europa neu begründen

Dr. Irmgard Schwaetzer, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau vom 15. Mai 2017

Europa ist noch einmal davongekommen. Das Scheitern der Feinde Europas in Frankreich ist möglicherweise auch eine letzte Chance für das Bündnis. Die Erleichterung nach der Wahl des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ist groß. Doch die eigentliche Aufgabe beginnt erst. Das Friedensprojekt Europa wieder zu beleben, Europa zusammen zu führen – das ist Schwerstarbeit. Und schon werden in Deutschland wieder die üblichen Barrieren errichtet: reflexartig wird betont, was alles nicht geht, was der neue Präsident jetzt alles in Frankreich durchsetzen muss. Die Stimmen, die Spielräume für Verständigung ausloten wollen, sind leider leiser. Dabei kommt es gerade jetzt auf Kompromissfähigkeit an.

Die Europäische Union muss sich verändern, denn ihr Ansehen ist schlecht. Dazu hat die Synode der EKD aus kirchlicher Sicht auf ihrer letzten Tagung im November 2016 Stellung genommen. Was ist zu tun? Ich möchte drei Denkanstöße geben:

Zum einen bedarf in Europa das Verständnis von Führung einer Modernisierung. Führung ist nicht, wenn einer vorangeht und alle anderen folgen sollen oder müssen. Führung ist das Initiieren und Moderieren von transparenten Prozessen, an denen alle auf Augenhöhe beteiligt werden. Dazu gehören auch Kompromisse und Rücksichtnahme auf existenzielle Probleme der Gesellschaften in einzelnen Staaten.

Zum anderen muss die Europäische Union das Wohl des Einzelnen wieder stärker in den Blick nehmen. Europa muss sozialer werden. Das wird nicht durch eine Angleichung der Sozialsysteme möglich sein, denn dazu wäre zunächst eine Vertragsveränderung mit der Übertragung von Kompetenzen auf die EU erforderlich. Das wird auf absehbare Zeit keine Unterstützung finden. Und doch sind auch jetzt schon Schritte möglich: Ein soziales Europa wäre ein Europa, in dem mehr Chancengleichheit verwirklicht wird. Dazu gehört eine Verständigung auf Mindeststandards sozialer Grundsicherung. Auch das Vorhaben der Kommission, über eine europäische Säule sozialer Rechte die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion sichtbar zu machen, kann das Vertrauen in die europäischen Institutionen stärken.

Und schließlich braucht die Europäische Union eine geregelte Einwanderung. Sichere und legale Wege für Schutzsuchende sind aus humanitären Gründen unverzichtbar, genauso wie Einwanderungsregeln für die Arbeitsmigration. Eine faire Lösung für eine gemeinsam verantwortete humanitäre Flüchtlingshilfe zu finden wird keinesfalls leicht werden. Und doch kann die Verantwortung nicht auf die Staaten an den südlichen Außengrenzen abgewälzt werden. Die Kontrolle der Außengrenzen darf nicht die Abschottung gegenüber Flüchtlingen mit legalem und legitimen Bleiberecht zur Folge haben. Die EU darf weder die Menschenrechte noch ihre eigenen Werte, auf die sie sich im Lissabon-Vertrag geeinigt hat, verraten.

Ein spürbares Wiedererstarben der deutsch-französischen Initiativkraft wäre ein wichtiges Signal. Aber in einem Europa der 27 reicht das nicht. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich greift für die zukünftige Entwicklung der EU zu kurz, weil es wichtige Partner in der östlichen Region der EU abhängt.

Darum braucht es mehr als Denkanstöße für den Diskurs und den politischen Alltag. Es braucht einen Traum.

Mein Traum ist es, Europa an einen Tisch zu holen: Frankreich, Polen und Deutschland bereiten mit den ihnen jeweils nahestehenden Staaten ein Wochenende der Staats- und Regierungschefs vor, an dem die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission teilnehmen, keine Beamten, nur die Gewählten. Auf der Tagesordnung stünde ein einziger Punkt: Was soll die Europäische Union in 20 Jahren sein, was wird sie zusammenhalten, welches Zukunftsprojekt können sie sich vorstellen? Skeptiker, Vernünftige und Leidenschaftliche hören sich gegenseitig zu, sie sehen sich mit den Augen der jeweils anderen an und kommen sich näher. Bevor sie wieder auseinandergehen, haben sie eine gemeinsame Erzählung wiedergefunden und eine Verabredung getroffen: Sie werden die Europäische Union als solidarische und weltoffene Gemeinschaft in die Zukunft führen und neu begründen. Jedem muss deutlich werden: In Europa geht um die Menschen, die den Staats- und Regierungschefs ihre Zukunft anvertraut haben.